

**Göttinger Friedenspreis 2021**  
Mechthild Thürmer, Seebrücke und  
Dr. Thomas Spies

**GÖTTINGER  
FRIEDENSPREIS**  
STIFTUNG DR. ROLAND RÖHL



## Beitrag der Preisträgerin Die Seebrücke Göttingen (Larissa Lotter & Markus Widmann)

Sehr geehrtes Publikum, sehr geehrte Stiftungsmitglieder, sehr geehrte Jury, wir sind Markus Widmann und Larissa Lotter und möchten uns zuallererst im Namen der Seebrücke Göttingen und der bundesweiten Seebrücke sehr herzlich für die Auszeichnung mit dem Göttinger Friedenspreis bedanken! Leider können heute nur wir beide hier sein, da parallel zu dieser Veranstaltung eine Kundgebung bezüglich der dramatischen Situation in Afghanistan am Gänseliesel stattfindet, bei der wir als Seebrücke ebenfalls anwesend sind.

Die Seebrücke ist ein bundesweites zivilgesellschaftliches Bündnis, welches sich europaweit für die Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung, die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten und für sichere Fluchtwege nach Europa einsetzt. Wir hier in Göttingen sind eine von inzwischen 184 Lokalgruppen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und Belgien. Gegründet wurde die Seebrücke 2018 im Zuge der wochenlangen Blockade des zivilen Seenotrettungsschiffs Lifeline durch den damaligen italienische Innenminister Matteo Salvini, die mit 234 Geretteten an Bord tagelang vor der Küste Italiens ausharren musste, bevor sie schlussendlich in Malta anlegen durfte.

Artikel 98 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen fordert von Kapitän\*innen, „jeder Person, die auf See in Lebensgefahr angetroffen wird, Hilfe zu leisten.“ Außerdem verlangt es von Küstenstaaten „die Errichtung, den Einsatz und die Unterhaltung eines angemessenen und wirksamen Such- und Rettungsdienstes, um die Sicherheit auf und über der See zu gewährleisten (...)"

Inzwischen ist das Mittelmeer als europäische Außengrenze die tödlichste Grenze der Welt. Die sogenannte 'Search and Rescue Zone' wird von den meisten Schiffen gemieden, um auch ja kein Boot in Seenot anzutreffen. Immer wieder erreichen uns Berichte von Seenotrettungs-NGOs, die von der Nicht-Erreichbarkeit der Maltesischen oder Italienischen Rettungsleitstelle erzählen. Und stattdessen werden libysche Milizen, die international mit dem Euphemismus „libysche Küstenwache“ umschrieben werden, damit beauftragt, Menschen in Seenot aufzuspüren und zurück an die Libysche Küste zu bringen – was nach internationalem Recht wohlgernekt illegal ist. Allein in diesem Jahr starben bereits über 1200 Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen. Auch auf den Fluchtwegen durch die Sahara, kostet die Verlagerung des europäischen Grenzregimes nach Nordafrika jährlich unzählige Menschen das Leben. Und die Toten die wir zählen sind nur die, von denen wir wissen. Denn nur wenn bekannt wurde, dass Boote losgefahren sind, wird auch bekannt, dass sie nicht angekommen sind. Viele Boote mit vielen Menschen an Bord verschwinden, ohne dass wir jemals davon erfahren. All diese Toten sind Mütter, Väter, Brüder, Schwestern, Töchter, Söhne, Freundinnen und Freunde. Gleichzeitig wird die zivile Seenotrettung kriminalisiert. Seenotretter\*innen auf dem Mittelmeer drohen jahrelange Haftstrafen für „illegale Schlepperei“ oder „Beihilfe zu illegaler Einreise“. Zivile Rettungsschiffe werden immer wieder mit fadenscheinigen Begründungen im Hafen festgesetzt. Schiffe mit Geretteten an Bord müssen regelmäßig Tage wenn nicht gar Wochen darauf warten einen sicheren Hafen zum Anlegen zugewiesen zu bekommen.



Und mit einem Blick auf die Seenotretter\*innen fragt man sich an dieser Stelle: Warum werden Seenotretter\*innen anders behandelt als zum Beispiel Feuerwehrleute, Rettungsschwimmer\*innen oder Rettungsdienstmitarbeiter\*innen? Warum werden sie von Regierungen beleidigt, bestraft, kriminalisiert und mit allen nur erdenklichen Maßnahmen an ihren Rettungsmissionen gehindert? Scheinbar nur deswegen, weil die Menschen, für deren Leben sie kämpfen, den falschen Pass oder das falsche Herkunftsland haben.

Bei diesem Thema fällt es nicht leicht die richtigen Worte zu finden. Gibt es überhaupt die richtigen Worte für das, was gerade jetzt, in dieser Minute, wie in jeder Minute der vergangenen Jahre, auf dem Meer vor den geografischen Grenzen Europas passiert? Menschen ertrinken. Und sollten sie doch rechtzeitig entdeckt werden, haben die wenigsten das Glück durch private Organisationen gerettet zu werden. Die meisten von ihnen werden Opfer illegaler und menschenrechtswidrigen Pushbacks, werden komplett ignoriert oder durch die libysche Milizen nach Libyen zurückgebracht. In den Libyschen Lagern, in die viele von ihnen verschleppt werden und die in einer internen Depesche deutscher Diplomaten als Zitat! „KZ-ähnliche Verhältnisse“ beschrieben wurden, droht ihnen Zwangsarbeit und Folter.

Während der Fokus der Seebrücke in den ersten Jahren auf der Seenotrettung im Mittelmeer lag, reicht er heute wesentlich weiter. Längst sind auch die Fluchtwege über den Balkan im Blick. Fluchtrouten durch die Sahara, Geflüchteten-Camps an den europäischen Grenzen, die Evakuierung von Menschen aus Afghanistan.

Und während Menschen auf all diesen Routen versuchen Schutz und Sicherheit zu finden, all das vor unserer Nase passiert, werden hier vor Ort Sätze wie „2015 darf sich nicht wiederholen“ öffentlich im Bundestagswahlkampf eingesetzt. Wir befinden uns in einer Zeit, in der Menschen, die jahrelang im Auftrag der Deutschen Bundesregierung in Afghanistan gearbeitet haben, nun in Lebensgefahr schweben, aber trotzdem aktiv nicht-evakuiert wurden und werden. In einer Zeit, in der Menschen, die Jahre oder gar Jahrzehnte in Deutschland gelebt haben, über Nacht zum Flughafen gebracht werden, um in ihr vermeintliches „Heimatland“ abgeschoben zu werden. Einer Zeit, in der an Europas geografischen Außengrenzen Stacheldrahtzäune errichtet werden, um Menschen, die nichts mehr haben, davon abzuhalten, Schutz zu suchen. Wir leben in einer Zeit, in der man schutzsuchende Menschen zu Jahrzehnte-langen Haftstrafen verurteilt, weil sie den Motor eines Schlauchboots bedienen. Einer Zeit, in der man Menschen lieber sterben lässt, als ihnen den Schutz zu gewähren, der nicht nur dringend nötig, sondern der ihnen auch laut der internationalen Charta der Menschenrechte zusteht.

Wir könnten diese Liste unendlich lang weiterführen. Vermutlich sind einige von Ihnen mit der Thematik vertraut, haben Bilder und Berichte in den Nachrichten gesehen oder sich selbst aktiv damit auseinandergesetzt. Bilder von misshandelten, im Schnee schlafenden Menschen an den europäischen Grenzen auf dem Balkan. Bilder von Kindern, die in den viel zu engen, schlammigen, windigen Camps an den europäischen Außengrenzen in der Schlange der Essensausgabe stehen und häufig Jahre auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten. Bilder von auf dem Meer treibenden Schiffswracks und Rettungswesten. Und obwohl auch wir in unserer Arbeit immer wieder mit der Abschottung Europas und

## Göttinger Friedenspreis 2021

Mechthild Thürmer, Seebrücke und  
Dr. Thomas Spies

GÖTTINGER  
FRIEDENSPREIS  
STIFTUNG DR. ROLAND RÖHL



deren Konsequenzen konfrontiert werden, sind wir jedes Mal aufs Neue schockiert, wie die europäische Union und Deutschland mit schutzsuchenden Menschen umgehen.

Deutschland ist dabei in einer recht bequemen Situation. Einerseits verfügen wir über ausreichend finanzielle Mittel, um Machthaber und Militärs außereuropäischer Staaten finanziell dafür zu entlohnen, dass möglichst viele Schutzsuchende davon abgehalten werden, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Gleichzeitig liegt Deutschland selbst nicht an einer EU-Außengrenze und kann deswegen leicht die Verantwortung abschieben. Überfüllte Camps in Griechenland? Aufgabe Griechenlands.

Menschenrechtsverletzungen durch Frontex? Frontex ist eine von der EU beschlossene Maßnahme. Festsetzung von Seenotrettungsschiffen in Italien? Wie kann Italien nur!

Auch der Klimawandel ist bzw. war bisher in Deutschland wenn dann nur vergleichsweise milde zu spüren. Gleichzeitig bedrohen der Klimawandel und seine Folgen schon heute mehrere Millionen Menschen, die aufgrund von Missernten, Dürren, Stürmen oder Fluten ihre Heimat verlassen müssen. Dass Deutschland als eines der großen Industrieländer maßgeblich am weltweiten CO<sup>2</sup> Ausstoß beteiligt war und ist, ist dabei vermutlich allen anwesenden bewusst.

Doch wir können die Augen nicht länger verschließen!

Deutschland muss endlich Verantwortung übernehmen. Wir alle als Bürger\*innen müssen Verantwortung übernehmen. Wir können nicht länger mit dem Finger auf Andere zeigen, uns abschotten und so tun, als würde uns das alles nichts angehen.

Und an dieser Stelle kommt die Seebrücke ins Spiel:

Als Konsequenz aus der Erkenntnis, dass Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Bewegungen dieses System aus Abschottung und Verantwortungsverschiebung nicht auf Bundes- oder gar Europaebene durchbrechen werden, nutzt die Seebrücke ihren Einfluss auf lokaler Ebene.

Die verschiedenen Lokalgruppen der Seebrücke verfolgen alle die gleichen Ziele, die sie versuchen in ihrer Stadt, ihrer Kommune oder ihrem Landkreis umzusetzen. Zentral ist hierbei die Errichtung sogenannter „Sicherer Häfen“. Eine Stadt, die sich zu einem Sicheren Hafen erklärt, erklärt sich dabei in einem ersten Schritt öffentlich solidarisch mit der zivilen Seenotrettung, und setzt damit ein Zeichen gegen deren Kriminalisierung. Doch mit der Erklärung zum Sicheren Hafen geht noch mehr einher. Ein Sicherer Hafen bedeutet auch, dass Städte und Kommunen sich dazu bereit erklären mehr Geflüchtete aufzunehmen, als sie es nach Berechnung durch den Königssteiner Schlüssel müssten und diesen Menschen ein kommunales Ankommen zu ermöglichen. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Selbstverpflichtung der jeweiligen Stadt, diese Bereitschaft auch auf eine höhere politische Ebene zu tragen. Dazu zählt, sich für die Entwicklung von Landesaufnahmeprogrammen einzusetzen, um Geflüchtete im jeweiligen Bundesland aufnehmen zu können, ohne dass das Bundesinnenministerium sein Veto einlegen kann, wie es in den letzten Jahren permanent passiert.

In der Stadt Göttingen fand der erste Schritt dieser Umsetzung im September 2019 statt, als der Rat der Stadt Göttingen den Antrag beschloss, Göttingen zum Sicheren Hafen zu erklären. Mit dieser Selbstverpflichtung wurde Göttingen außerdem Mitglied im Städtebündnis Sicherer Häfen und sagte zu, sich für eine nationale und europäische Vernetzung diesbezüglich einzusetzen.

## Göttinger Friedenspreis 2021

Mechthild Thürmer, Seebrücke und  
Dr. Thomas Spies

GÖTTINGER  
FRIEDENSPREIS  
STIFTUNG DR. ROLAND RÖHL



Stand heute gibt es in Deutschland 287 Sichere Häfen.

Was daran eindeutig zu erkennen ist: Die Bereitschaft Menschen aufzunehmen ist da! Wir dürfen keine Angst schüren vor schutzsuchenden Menschen! Viel mehr müssen wir jetzt an Konzepten arbeiten, die es uns ermöglichen, nachhaltig Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen konkrete Strategien entwickeln, wie Menschen, die in Deutschland und Europa Schutz suchen, diesen erhalten.

Uns selbst geht es dabei nicht darum uns damit zu brüsten, dass wir uns für die eigentlich selbstverständliche Rettung von Menschenleben einsetzen. Es geht uns schlicht und ergreifend um eben diese Rettung von Leben. Darum, Verantwortung zu übernehmen für das, was tagtäglich auch im Namen Deutschlands und Europas passiert.

Hier stellt sich nun vielleicht die Frage: Können wir als Einzelpersonen tatsächlich etwas verändern? Können wir tatsächlich etwas bewegen ohne hohe politische Ämter innezuhaben oder an spitze mächtiger Wirtschaftskonzerne zu sitzen?

Für uns lautet die Antwort eindeutig Ja. Denn wir sind viele. Und wir lassen nicht locker.

Ja, wir brauchen eine Strategie, die ganz Europa gemeinsam trägt. Ja, auch in Deutschland kann ein Flickenteppich verschiedener Abschottungs- und Aufnahmeregelungen nicht das Ziel sein. Aber wir hier vor Ort, Sie, wir, alle Bürger\*innen dieser und jeder anderen Stadt in Deutschland, sind Zahnräder im riesigen Laufwerk dieser Gesellschaft. Wir können uns entscheiden, ob wir anfangen wollen, uns nicht mehr einfach in diesem System aus Abschottung, Ausgrenzung und Abschiebung mitzudrehen. Jede und jeder von uns kann sich dafür entscheiden, eine Veränderung zu erwirken. Sei es durch Gespräche im Freundes- und Familienkreis, durch das Unterschreiben von Petitionen oder die Beteiligung an Demonstrationen. Oder durch das Bewegen politischer Hebel. Die Liste lässt sich weiterführen. Jede und jeder von uns hat in ihrem oder seinem persönlichen Handlungsspielraum Möglichkeiten, dieses System Schritt für Schritt zu verändern. Und damit nicht nur die Weichen zu stellen für die Zukunft, sondern schon heute aktiv auf das Leben von Menschen einzuwirken. Denn es macht einen Unterschied. Jeder Mensch, der in europäischen Lagern fest sitzt, zählt. Jeder Mensch, dessen Leben aufgrund der europäischen Abschottungspolitik in Gefahr ist, zählt. Jeder Mensch, der an den europäischen Außengrenzen sein Leben verliert, zählt.

Und für jeden einzelnen dieser Menschen können und müssen wir uns einsetzen. Mit dem Bekenntnis der Stadt Göttingen ein Sicherer Hafen sein zu wollen, geht die Pflicht zur Umsetzung dieser Zusage einher. Die Stadt Göttingen muss weiterhin Druck auf die Landes- und Bundesebene ausüben, um Landesaufnahmeprogramme zu schaffen. Und so mit vielen weiteren Städten und Kreisen in Deutschland daran mitwirken, die Blockade des Bundesinnenministeriums zu beenden. Auch hier in Göttingen und in jeder anderen Stadt in Deutschland, müssen konkrete Strategien entwickelt werden, Menschen vor Ort aufzunehmen, sie ankommen zu lassen, ihnen Schutz und eine langfristige Bleibeperspektive zu gewährleisten.

Wir bedanken uns sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Zum Schluss haben wir noch eine Bitte: Lassen Sie niemanden zurück. Leave no one behind. Vielen Dank.